



Bundestags- brief

Nr.245 • Die Woche im Bundestag • 05.04.2019



**Prof. Monika
Grütters MdB**

Tel.: 030/227 70222
Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

„Jugend erinnert“: das Gedenken an die deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts wachhalten!

In den Verhandlungen über den Koalitionsvertrag haben sich CDU, CSU und SPD dazu bekannt, der Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus und der SED-Diktatur einen noch größeren Stellenwert in der Gedenkpolitik einzuräumen.

Dies geschieht gerade im Hinblick auf die NS-Zeit auch aus der Einsicht heraus, dass es nicht mehr viele Zeitzeugen gibt, die heute noch Zeugnis von den schrecklichen Geschehnissen ablegen können. Die Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus gewinnt für uns gerade vor diesem Hintergrund wieder an Bedeutung.

Außerdem müssen wir leider auch beobachten, dass die Debatten über den Umgang Deutschlands mit seiner Vergangenheit wieder kontroverser werden. Die innergesellschaftlichen Spannungen nehmen zu. Diskriminierende, ausgrenzende und hasserfüllte Parolen werden immer ungenierter öffentlich kundgetan.

Deshalb ist es wichtig, gerade nachwachsenden Generationen historisches Wissen möglichst so zu vermitteln, dass junge Menschen die Gegenwartsrelevanz der Geschichte und deren Bezug zur eigenen Lebenswelt begreifen. Insbesondere im Kampf gegen Antisemitismus ist eine lebendige, empathische Erinnerungskultur ein wichtiges Instrument von herausragender Bedeutung.

Dieser Einsicht folgend haben sich die Koalitionsfraktionen auf eine Stärkung der Erinnerung an die Folgen von Diktatur und Gewaltherrschaft verständigt. Mit dem Programm „Jugend erinnert“ sollen Jugendliche künftig noch besser und mit nachhaltigen Projekten an Gedenkstätten und unsere Geschichte herangeführt werden.

Das Förderprogramm soll Gedenkstätten und Dokumentationszentren in die Lage versetzen, für ihre pädagogische Arbeit neue Kooperationspartner im Bereich der Bildungs-, Jugend- und Kulturarbeit zu gewinnen und neue Methoden und Ansätze zu entwickeln. Ziel ist es diejenigen, junge Menschen in Kontakt mit den Gedenkstätten und auch ins Gespräch miteinander zu bringen, die bisher nicht erreicht wurden. „Jugend erinnert“ wird aufbauen auf der Stärkung der pädagogischen Arbeit, die wir den Gedenkstätten bereits ermöglicht haben. Bundesweit wurden dafür schon im laufenden Haushaltsjahr 1,6 Millionen Euro zur Verfügung gestellt und mehr als 20 neue Stellen geschaffen.

Am heutigen Freitag hat der Deutsche Bundestag zum Programm „Jugend erinnert“ in erster Lesung auch einen Antrag der Koalitionsfraktionen beraten, der wichtige Impulse für die Entwicklung eines solchen Konzeptes bereithält, die im Programm der Regierung Berücksichtigung finden sollen.

Gemeinsam machen die Fraktionen deutlich, dass „Jugend erinnert“ sich nicht ausschließlich dem Gedenken an die Verbrechen des Nationalsozialismus widmen wird, sondern das Programm auch all' jenen Einrichtungen zu Gute kommen kann, die sich der Erinnerung und Aufarbeitung der SED Diktatur verschrieben haben. Für das Jahr 2019 sind im Haushalt der Beauftragten für Kultur und Medien allein dafür zwei Millionen Euro bereitgestellt.

Ich freue mich sehr über die Unterstützung der Koalitionsfraktionen für dieses Programm und bin zuversichtlich, dass wir mit „Jugend erinnert“ einen wichtigen Beitrag zu einer lebendigen Erinnerungskultur leisten können, der in den kommenden Jahren fortgeführt und mit Unterstützung des Deutschen Bundestages auch weiter ausgebaut werden kann.

Wir stehen für Sicherheit!

Am vergangenen Dienstag hat Bundesinnenminister Horst Seehofer die neuen Zahlen zur Polizeilichen Kriminalstatistik vorgestellt.

Erfreulich ist, dass die Gesamtzahl der erfassten Straftaten um 3,6 % auf rund 5,5 Millionen zurückgegangen ist. Dass unsere Maßnahmen wirken, zeigt die Zahl der Wohnungseinbrüche. Sie ist 2018 um 16,3 % zurückgegangen gegenüber 2017.

Unser seit Jahren verfolgter Ansatz ist richtig: mehr Stellen für die Polizei, härtere Strafen für Einbrecher und mehr Prävention etwa durch KfW-Zuschüsse für einbruchshemmende Maßnahmen.

Weniger erfreulich ist, dass der Anteil ausländischer Tatverdächtiger mit 34,5 % gegenüber dem Anteil ausländischer Mitbürger an der Gesamtbevölkerung in Höhe von rund 12 % recht hoch ist.

Nicht akzeptabel ist für uns der starke Anstieg der Straftaten gegen Polizisten und Rettungskräfte, was auch an Strafverschärfungen und einer anderen Erfassung liegt (+ 39,9 %). Insgesamt gilt: Deutschland ist ein sehr sicheres Land und wir als Union arbeiten daran, dass es so bleibt.

Wir stehen aber für Sicherheit im umfassenden Sinne, auch für die äußere Sicherheit Deutschlands. Daher ist es für uns selbstverständlich, dass die Bundeswehr auch künftig an Schulen durch Jugendoffiziere über ihre Arbeit informiert. Soldaten sind Bürger in Uniform und ein wichtiger Teil unseres Landes.

In dieser Woche begehen wir das 70. Jubiläum der Gründung der NATO. Sie ist das erfolgreichste Verteidigungsbündnis, zu dessen Stärke wir in den letzten Jahrzehnten viel beigetragen haben. Die NATO wird auch künftig als System kollektiver Sicherheit für Deutschland unverzichtbar sein. Daher stehen wir als Unionsfraktion dazu, in einer unsicherer gewordenen Welt mehr in die äußere Sicherheit unseres Landes und damit in die Bundeswehr zu investieren. Ohne äußere Sicherheit ist auch innere Sicherheit wenig wert.

Frühjahrsbelegung auf dem Arbeitsmarkt

Infolge der klassischen Belegung des Arbeitsmarktes im März ist die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland in diesem Monat auf 2,3 Millionen gesunken. Das ist der niedrigste Wert seit März 1991, wie die Bundesagentur für Arbeit mitteilte.

Im Vergleich zum Vormonat waren 72.000 Menschen weniger auf Jobsuche. Gegenüber dem März des Vorjahres lag die Arbeitslosenzahl sogar um 157.000 niedriger. Die Arbeitslosenquote verringerte sich um 0,2 Prozentpunkte auf 5,1 Prozent. Steigende Temperaturen sorgen im Baugewerbe, aber auch der Gastronomie wieder für mehr Beschäftigung. Über die Frühjahrsbelegung hinaus halte laut Experten die positive Tendenz auf dem Arbeitsmarkt weiter an, auch wenn die Dynamik spürbar nachlasse.

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

Deutsche Kommunen wirtschaften solide

Die Gemeinden und Gemeindeverbände wiesen im Jahr 2018 einen Finanzierungüberschuss von insgesamt 9,8 Milliarden Euro auf. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) auf Grundlage der vierteljährlichen Kassenstatistik weiter mitteilt, wurde damit der Rekordüberschuss des Jahres 2017 von 10,7 Milliarden Euro knapp nicht erreicht. Das Ergebnis liegt aber noch immer weit über dem Wert von 5,4 Milliarden Euro aus dem Jahr 2016.

Die Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände einschließlich ihrer Extrahaushalte beliefen sich im Jahr 2018 auf rund 269,9 Milliarden Euro. Damit waren sie um 4,4 % höher als 2017. Die Steuereinnahmen stiegen erneut deutlich um 5,5 % auf 101,2 Milliarden Euro im Jahr 2018 an. An Gewerbesteuern (netto) als wichtigster Steuerart wurden 42,2 Milliarden Euro (+5,4 %) eingenommen. Der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer dient zunehmend als Instrument zur Übertragung von Mitteln des Bundes an die Gemeinden. Er nahm infolge des ab 2018 geltenden Verteilungsschlüssels besonders deutlich um 23,2 % zu und belief sich auf 6,8 Milliarden Euro.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)